

**Parteien des Ausgangsverfahrens**

Klägerin: Alicja Sosnowskal

Beklagte: Dyrektor Izby Skarbowej we Wrocławiu Ośrodek Zamiejscowy w Wałbrzychu

**Gegenstand**

Vorabentscheidungsersuchen — Wojewódzki Sąd Administracyjny we Wrocławiu — Auslegung von Art. 5 Abs. 3 EG, von Art. 2 der Ersten Richtlinie 67/227/EWG des Rates vom 11. April 1967 zur Harmonisierung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Umsatzsteuer (ABl. 1967, Nr. 71, S. 1301) sowie von Art. 18 Abs. 4 und Art. 27 Abs. 1 der Sechsten Richtlinie 77/388/EWG des Rates vom 17. Mai 1977 zur Harmonisierung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Umsatzsteuern — Gemeinsames Mehrwertsteuersystem: einheitliche steuerpflichtige Bemessungsgrundlage (ABl. L 145, S. 1) — Nationale Umsatzsteuerregelung, die für Steuerpflichtige, die mit der Vornahme steuerbarer Geschäfte beginnen und als Steuerpflichtige eingetragen sind, die innergemeinschaftliche Lieferungen durchführen, hinsichtlich der Frist für die Erstattung von Steuerüberschüssen weniger günstige Modalitäten vorsieht — Grundsätze der Steuerneutralität und der Verhältnismäßigkeit

**Tenor**

1. Art. 18 Abs. 4 der Sechsten Richtlinie 77/388/EWG des Rates vom 17. Mai 1977 zur Harmonisierung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Umsatzsteuern — Gemeinsames Mehrwertsteuersystem: einheitliche steuerpflichtige Bemessungsgrundlage in der Fassung der Richtlinie 2005/92/EG des Rates vom 12. Dezember 2005 und der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit stehen einer nationalen Regelung wie der im Ausgangsrechtsstreit fraglichen entgegen, die — um die notwendigen Kontrollen zur Verhinderung von Steuerumgehung und -hinterziehungen zu ermöglichen — die ab der Abgabe der Mehrwertsteuererklärung laufende Frist, über die die Finanzverwaltung für die Erstattung des Mehrwertsteuerüberschusses an eine bestimmte Kategorie von Steuerpflichtigen verfügt, von 60 Tagen auf 180 Tage verlängert, sofern die entsprechenden Steuerpflichtigen nicht eine Kaution in Höhe von 250 000 PLN stellen.
2. Bestimmungen wie die im Ausgangsrechtsstreit in Rede stehenden sind keine „abweichenden Sondermaßnahmen“ zur Verhinderung von Steuerhinterziehungen und -umgehungen im Sinne von Art. 27 Abs. 1 des Sechsten Richtlinie 77/388 in der Fassung der Richtlinie 2005/92.

(<sup>1</sup>) ABl. C 69 vom 24.3.2008.

Urteil des Gerichtshofs (Dritte Kammer) vom 12. August 2008 (Vorabentscheidungsersuchen der Cour d'appel de Montpellier — Frankreich) — Strafverfahren gegen Ignacio Pedro Santesteban Goicoechea

(Rechtssache C-296/08 PPU) (<sup>1</sup>)

*(Polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen — Rahmenbeschluss 2002/584/JI — Art. 31 und Art. 32 — Europäischer Haftbefehl und Übergabeverfahren zwischen den Mitgliedstaaten — Möglichkeit für den Vollstreckungsstaat eines Auslieferungsersuchens, ein vor dem 1. Januar 2004 geschlossenes, aber in diesem Staat erst ab einem späteren Zeitpunkt anwendbares Übereinkommen anzuwenden)*

(2008/C 260/05)

Verfahrenssprache: Französisch

**Vorlegendes Gericht**

Cour d'appel de Montpellier

**Beteiligte des Ausgangsverfahrens**

Ignacio Pedro Santesteban Goicoechea

**Gegenstand**

Vorabentscheidungsersuchen — Cour d'appel de Montpellier (Frankreich) — Auslegung der Art. 31 und 32 des Rahmenbeschlusses des Rates vom 13. Juni 2002 über den Europäischen Haftbefehl und die Übergabeverfahren zwischen Mitgliedstaaten (ABl. L 190, S. 1) — Befugnis eines Mitgliedstaats, in seinen Beziehungen zu einem anderen Mitgliedstaat andere als die im Rahmenbeschluss vorgesehenen Verfahren und insbesondere die im Dubliner Übereinkommen vom 27. September 1996 über die Auslieferung zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union vorgesehenen Verfahren zu verwenden — Auswirkung der Tatsache, dass der Staat, der den Haftbefehl ausgestellt hat, eine Unterrichtung darüber unterlassen hat, welche bestehenden Abkommen und Übereinkünfte er weiterhin anwenden will — Möglichkeit für den Vollstreckungsstaat des Haftbefehls, ein vor dem 1. Januar 2004 geschlossenes, aber in diesem Staat erst danach in Kraft getretenes Übereinkommen anzuwenden

**Tenor**

1. Art. 31 des Rahmenbeschlusses 2002/584/JI des Rates vom 13. Juni 2002 über den Europäischen Haftbefehl und die Übergabeverfahren zwischen den Mitgliedstaaten (ABl. L 190, S. 1) ist dahin auszulegen, dass er nur den Fall betrifft, dass die Regelung über den Europäischen Haftbefehl anwendbar ist; dieser Fall liegt nicht vor, wenn sich ein Auslieferungsersuchen auf Handlungen bezieht, die vor dem Zeitpunkt begangen wurden, den der Mitgliedstaat in einer gemäß Art. 32 des Rahmenbeschlusses abgegebenen Erklärung festgelegt hat.

2. Art. 32 des Rahmenbeschlusses 2002/584 ist dahin auszulegen, dass er der Anwendung des Übereinkommens über die Auslieferung zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union, das am 27. September 1996 vom Rat erstellt und am selben Tag von allen Mitgliedstaaten unterzeichnet wurde, auch dann nicht entgegensteht, wenn dieses Übereinkommen in diesem Mitgliedstaat erst nach dem 1. Januar 2004 anwendbar geworden ist.

(<sup>1</sup>) ABl. C 223 vom 30.8.2008.

**Rechtsmittel des Landtags Schleswig-Holstein gegen den Beschluss des Gerichts Erster Instanz (Zweite Kammer) vom 3. April 2008 in der Rechtssache T-236/06, Landtag Schleswig-Holstein gegen Kommission der Europäischen Gemeinschaften, eingelegt am 27. Juni 2008**

(Rechtssache C-281/08 P)

(2008/C 260/06)

Verfahrenssprache: Deutsch

**Verfahrensbeteiligte**

Rechtsmittelführer: Landtag Schleswig-Holstein (Prozessbevollmächtigte: S. Laskowski, Privatdozentin und J. Caspar, Professor)

Andere Verfahrensbeteiligte: Kommission der Europäischen Gemeinschaften

**Anträge des Klägers**

- Der Rechtsmittelführer beantragt, das Rechtsmittel für zulässig und begründet zu erklären;
- den Beschluss des Gerichts erster Instanz vom 3. April 2008 aufzuheben;
- den erstinstanzlichen Anträgen des Klägers stattzugeben und die Klage in der Rechtssache T-236/06 für zulässig und begründet zu erklären;
- hilfsweise, die Rechtssache an das Gericht erster Instanz zurückzuverweisen, damit dieses die ursprüngliche Klage zulässt und das bisherige Verfahren fortgesetzt wird;
- über die Kosten zu entscheiden und sämtliche aus dem vorliegenden Verfahren entstehenden Kosten der Kommission aufzuerlegen.

**Rechtsmittelgründe und wesentliche Argumente**

Das Gericht erster Instanz habe die Nichtigkeitsklage des Rechtsmittelführers gegen die Kommission der Europäischen Gemeinschaften als unzulässig abgewiesen, weil der Rechtsmittelführer keine juristische Person im Sinne von Artikel 230 Absatz 4 EGV sei. Die Nichtigkeitsklage richtete sich gegen die Entscheidungen der Kommission vom 10. März und 23. Juni 2006, mit denen dem Rechtsmittelführer der Zugang zu dem Dokument SEK(2005) 420 verweigert wurde, das eine rechtliche Würdigung des im Rat diskutierten Entwurfs eines Rahmenbeschlusses über die Vorratsdatenspeicherung für die Zwecke der Vorbeu-

gung, Ermittlung, Aufdeckung und Verfolgung von Straftaten einschließlich Terrorismus enthielte.

Der Rechtsmittelführer begründet sein Rechtsmittel gegen den angefochtenen Beschluss des Gerichts erster Instanz mit zwei Rechtsmittelgründen.

Erstens habe das Gericht den Grundsatz des rechtlichen Gehörs verletzt. Dieser Grundsatz, als Ausdruck der Garantie eines fairen Verfahrens und effektiven Rechtsschutzes, zielt u. a. darauf ab, zu verhindern, dass die gerichtliche Entscheidung möglicherweise durch ein Vorbringen beeinflusst wird, das zwischen den Parteien nicht erörtert werden konnte. Dadurch solle einer Überraschungsentscheidung vorgebeugt werden. Zur Vermeidung eines Überraschungsurteils hätte das Gericht dem Rechtsmittelführer Gelegenheit zur Klarstellung geben müssen.

Zweitens habe das Gericht das Gemeinschaftsrecht verletzt, indem es den Tatbestandsmerkmal „juristische Person“ gemäß Artikel 230 Absatz 4 EGV falsch ausgelegt und die Eigenschaft der juristischen Person, sowie dementsprechend die Parteifähigkeit des Rechtsmittelführers rechtsfehlerhaft verneint habe.

Das Gericht habe darauf abgestellt, dass der Präsident des Landtags Schleswig-Holstein im Rahmen seiner Befugnisse zur Prozessvertretung nicht den Rechtsmittelführer, sondern „unmittelbar das Land“ vertrete, weshalb der Rechtsmittelführer nicht rechtsfähig und daher vor den Gemeinschaftsgerichten auch nicht parteifähig sei. Daraus sei zu entnehmen, dass das Gericht die Klage dann als zulässig erachtet hätte, wenn die Klagschrift anstelle des Rechtsmittelführers die Bezeichnung „Land Schleswig-Holstein“ enthalten hätte. Diese Auffassung sei nicht nur rechtsirrig, denn sie stehe nicht mit der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein in Einklang, sie stelle sich aus Sicht des Rechtsmittelführers auch als Überraschungsentscheidung dar, mit der dieser nicht zu rechnen brauchte. Rechtsirrig sei der Beschluss des Gerichts *erstens* deshalb, weil es nicht erkannt habe, dass der Landtag nach der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein „das vom Volk gewählte oberste Organ der politischen Willenbildung“ ist, und *zweitens* deshalb, weil das Gericht nicht gesehen habe, dass der Landtagspräsident den Landtag in seiner Gesamtheit in den diesen betreffenden verfassungsrechtlichen Streitigkeiten vertrete. Der Begriff „Land“ werde rechtlich umfassend und unspezifisch gebraucht und könne sich — je nach dem Regelungskontext — sowohl auf die Landesregierung als auch das Landesparlament beziehen.

**Vorabentscheidungsersuchen des Tribunal de Première Instance de Mons (Belgien), eingereicht am 14. Juli 2008 — S.A. Société de Gestion Industrielle/Belgischer Staat**

(Rechtssache C-311/08)

(2008/C 260/07)

Verfahrenssprache: Französisch

**Vorlegendes Gericht**

Tribunal de Première Instance de Mons